

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/155

Bad Godesberg, den 16. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Dr. KURT SCHUMACHER Zur 15. Todestag des großen deutschen Sozialdemokraten Von Willi Eichler Mitglied des Vorstandes der SPD	92
2 - 3	Neue Aufgaben der deutschen Entwicklungspolitik Gründliche Bestandsaufnahme notwendig Von Georg Kahn-Ackermann, MdB	97
4	Leibesübungen groß geschrieben Turnen und Schwimmen an Schulen in Bremen Von Alfred Weber	38
5	Den Frieden sichern helfen Tunesien und wir Von Hans-Eckerhard Dingels	40

* * *

Dr. KURT SCHUMACHER

Zum 15. Todestag des großen deutschen Sozialdemokraten

Von Willi Eichler,

Mitglied des Vorstandes der SPD

Wer es unternimmt, zur fünfzehnten Wiederkehr des Todestages von Kurt Schumacher die Erinnerung an diese außerordentliche Persönlichkeit wachzurufen, dem erscheint diese Aufgabe als Rückblick in eine unendlich ferne Zeit - so weit entrückt empfindet man diesen Mann unserer politischen Gegenwart. Ist das ein Zufall? Wohl kaum! Denn das Augenscheinliche, das oft am nachhaltigsten das Tieferliegende verdrängt, wird in diesem Fall weitgehend so gesehen, daß der Politiker Kurt Schumacher mit seinen Zielen und Aufgaben letzten Endes erfolglos geblieben sei. Bei einer solchen Einschätzung aber kann es nicht wundernehmen, daß auch er, wie der englische Historiker James Joll aus einem anderen Anlaß schreibt, ein "Opfer des Erfolgskults der Historiker" wurde, die "keine Mühe scheuen, erfolgreiche Taten und Ereignisse zu erforschen, Mißlungen aber als Sackgassen zu behandeln". Wenn aber "der Historiker wie der Künstler unser Weltbild erweitern, wenn er uns zu einer neuen Sicht verhelfen will, dann kann die Erforschung historischen Scheiterns ebenso lehrreich und fruchtbar sein wie die des Erfolges".

In der Tat gibt es bisher keine Biographie Schumachers von einem Historiker. Dabei kann man sicher sein, daß der Historiker entdecken würde, wie sehr er im Irrtum war zu glauben, daß ihn die Aufhellung der Persönlichkeit Schumachers in ihrer menschlichen und geschichtlichen Situation "in eine Sackgasse führen" würde. Denn sie würde nicht nur Kurt Schumacher weit mehr als bisher wirklich gerecht werden, indem sie Licht- und Schattenseiten seiner Persönlichkeit nach Gebühr aufzeigte; sie würde auch erweisen, daß seine Vorstellungen über den notwendigen Weg des deutschen Volkes weder zu seinen Lebzeiten als "überspannt", noch in unserer Zeit als überholt gelten dürften.

Diese Vorstellungen sind oft verzerrt wiedergegeben worden. Schumacher hat sie drei Wochen vor seinem Tode im Vorwort zum Dortmunder Aktionsprogramm seiner Partei zusammengefaßt, das als sein politisches Testament angesehen werden darf. Dort sagte er:

- * "Die Sozialdemokratische Partei ist nach 1945 von der Idee ausgegangen, ein Deutschland zu schaffen, das die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschließt. - Die Sozialdemokratie war sich stets darüber klar, daß ihre Abwehr des östlichen Totalitarismus und die geistige Gesinnung der Deutschen für die Sache der Demokratie nur dann möglich und von dauerndem Erfolg sein würden, wenn sie diese Abwehr aus einem demokratischen und nationalen Selbstbewußtsein heraus führt. - Als das große nationale Ziel der Gegenwart sieht die Sozialdemokratie die deutsche Einigkeit in Freiheit und Frieden an. - Es kommt darauf an, dem deutschen Volk ein neues nationales Selbstbewußtsein zu geben, gleich fern von dem frevelhaften Übermut der Vergangenheit und

- * der heute weitverbreiteten Neigung, in jedem alliierten Wunsch
- * eine Offenbarung europäischer Gesinnung zu sehen."

Um dieses Programm durchzusetzen, brauchte und wollte Schumacher für sich und seine Partei die politische Macht. Dafür setzte er leidenschaftlich das volle Gewicht seiner politischen, intellektuellen und moralischen Persönlichkeit ein. Seine ungewöhnliche moralische Stärke, die ihn auch die Demütigungen des Konzentrationslagers hatte ertragen lassen, war es, die man ihm als Machtbesessenheit auslegte. In Wirklichkeit aber überschätzte Schumacher zwar sicherlich die faktische Chance für die Durchsetzung seiner Ziele in jener Zeit, weil das deutsche Volk insgesamt aus dem moralischen Zusammenbruch nicht so heil herausgekommen war wie er selber. Aber sein Anspruch auf Führung entsprach ganz unabhängig von solchen Chancen durchaus einer politischen und moralischen Konsequenz aus den fürchterlichen Erfahrungen der Vergangenheit. Die Sozialdemokratie hatte in Weimar gewiß politische Fehler begangen - im Kampf um die Demokratie und gegen Hitler hatte sie immer geschlossen ihren Mann gestanden. In der Abwehr des Kommunismus im Jahre 1946 hatte sie nur erneut ihre demokratische Standfestigkeit und politische Stabilität bewiesen, die wahrscheinlich erst die Bundesrepublik ermöglicht hat. Auch bei der Formulierung des Grundgesetzes im Jahre 1949 hatten Schumacher und seine Fraktion durch ihre Intervention am 20. April 1949 durchgesetzt, daß eine Bundesregierung nicht am Partikularismus scheitern mußte. War der Führungsanspruch Schumachers also wirklich so unberechtigt oder gar unverständlich?

Dieser Anspruch ist 1949 und später nicht allgemein anerkannt worden. Man kann gewiß darüber streiten, ob er in jeder Phase politisch-taktisch und programmatisch so vertreten würde, daß er optimal wirksam werden mußte. Aber über seine Berechtigung dürfte es heute eigentlich keinen Streit geben.

Freilich ist und war nicht zu verkennen, daß Schumachers Programm, das die Wiedervereinigung Deutschlands an die erste Stelle gerückt hatte, von der westdeutschen Bevölkerung erhebliche Opfer verlangte. Statt dessen aber ging das Volk den Weg des geringeren Widerstandes, von dem sich verschärfenden Ost-West-Konflikt und einer florierenden Wirtschaft dazu verführt. Die "Politik der (militärischen) Stärke", die Schumacher ausdrücklich als unzureichend erklärt hatte, triumphierte. Die Wiedervereinigung Deutschlands verblaßte als reale Chance mehr und mehr. Sie wird heute auf neuen Wegen angegangen und kann nur noch als Teil eines langen Prozesses begriffen werden. Es wäre sinnlos zu fragen, was geschehen wäre, wenn Schumacher als Kanzler die Richtlinien der Politik zu bestimmen gehabt hätte. Aber es ist sicher, daß die jetzt die Regierungsverantwortung mittragende Sozialdemokratie seine grundlegenden Forderungen, die wir zitierten, den geänderten Bedingungen angepaßt, aufnimmt. Und dann wird sich zeigen, daß über Erfolg oder Nicht-Erfolg Kurt Schumachers noch nicht das letzte Wort gesprochen war, als er am 20. August 1952 die Augen schloß.

Neue Aufgaben der deutschen Entwicklungspolitik

Gründliche Bestandaufnahme notwendig

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

In der letzten Zeit sind der Öffentlichkeit einige geradezu dramatisch anmutende Berichte über Änderungen im Kurs der deutschen Entwicklungspolitik zugänglich gemacht worden, die durchwegs ins Reich der Spekulationen verwiesen werden müssen.

Sicher ist richtig, daß es mehrere Anläufe bei der OECD und den in ihr vertretenen Geberländern von Entwicklungshilfe gegeben hat, die allgemein unbefriedigende Bilanz der Entwicklungshilfe einer Prüfung zu unterziehen. Dazu waren die zu geringen Investitionsraten, das teilweise stagnierende Wirtschaftswachstum und die sich bedrohlich verschlechternde Zahlungsbilanz der Empfängerländer gegenüber den Geberländern Anlaß genug.

Es trifft auch zu, daß die Entwicklungs-Kreditpolitik der letzten 10 Jahre sowohl hinsichtlich der Konditionen, wie des Umfangs nicht fortgesetzt werden kann und daß die Serie gemeinschaftlicher Umschuldungsaktionen und Konsolidierungen gegenüber wichtigen Wirtschaftspartnern in der Dritten Welt vermutlich verstärkt fortgesetzt werden muß.

Aber von einer "grundlegenden Neuorientierung der deutschen Entwicklungshilfepolitik" zugunsten multilateraler Operationen und einer damit verbundenen Abkehr von der bilateralen Entwicklungshilfe kann vorläufig keine Rede sein.

Wer das vorschlägt, muß blind gegenüber den politischen Realitäten sein, die nach wie vor in der Entwicklungspolitik eine viel größere Rolle spielen als rein wirtschaftliche Überlegungen. Würden letztere bei den Empfängerländern vorherrschen, sähe es um die Bilanz der Entwicklungshilfe der vergangenen 10 Jahre erheblich besser aus.

Realität Nummer eins ist, daß die unterschiedlichen politischen Bindungen und Beziehungen der Geberländer gegenüber einzelnen Staaten und Regionen der Dritten Welt die Geberländer daran hindern, zu jener Einheit in allen wirtschaftlichen und politischen Fragen zu kommen, welche die Voraussetzung für die Durchführung überwiegend multilateraler Entwicklungshilfe ist. Deutsche Politiker haben erst unlängst im Frühjahr auf der Parlamentarierkonferenz der DAC-Staaten davon einen Vorgeschmack bekommen.

Realität Nummer zwei ist, daß nicht nur die deutsche Außenpolitik mit all ihren spezifischen, aus der Teilung erwachsenen Problemen auf das Instrument der bilateralen Wirtschaftshilfe nicht verzichten kann, es sei denn man entschliesse sich zu einer radikalen Änderung des außenpolitischen Kurses, sondern daß auch die zweitgrößte Handelsnation der Welt nicht auf Operationen verzichten kann, die zur Sicherung, Erschließung und Entwicklung zukünftiger Märkte unentbehrlich sind.

Gewiss ist nicht von der Hand zu weisen, daß eine Reihe von wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen die Bundesrepublik zwingen

werden, in den kommenden Jahren den multilateralen Sektor der Hilfe aufzustocken. Dieser Prozeß findet aber durch die natürlichen politischen und Handelsinteressen unseres Landes verhältnismäßig rasch seine Grenzen

Schließlich sollte niemand übersehen, daß angesichts des Berges von noch nicht erfüllten Kapitalhilfeverpflichtungen und von langfristigen Bindungen im Bereich der technischen Hilfe, der Manövriertfähigkeit des Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Regierung als ganzem auf diesem Feld wenig Spielraum bleibt.

Das gilt auch für eine Intensivierung der technischen Hilfe, die das Parlament seit Jahren von der Regierung fordert. Erst in diesem Jahr hat die Haushaltslage dazu gezwungen, bedauerliche Abstriche bei der technischen Hilfe vorzunehmen, was auch zur Folge hat, daß der Versuch besserer regionaler Konzentration der technischen Hilfsvorhaben auf "kleine Schritte" beschränkt bleiben muß.

Über all das, einschließlich ihrer besonderen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Dritten Welt wird sich ja die Regierung aufgrund einer Großen Anfrage der Koalitionsparteien nach der Sommerpause des Parlaments äußern müssen.

Hierbei werden auch eine Reihe von Spezialproblemen zur Sprache kommen, so die ungenügende soziale Sicherung und Betreuung der von der Bundesrepublik entsandten Experten durch die GAWI. Der läßlichen Absicht Minister Wischniewskis, mit den dort herrschenden Mißständen rasch aufzuräumen, haben sich die leider in unserer Bürokratie nun schon gewohnten Widerstände entgegengestellt. Hier wird es darum gehen, den Minister in seinem Bemühen in einer Sache nachhaltig zu unterstützen, die in der Öffentlichkeit wenig Widerhall findet, die aber für die deutsche Präsenz in der Welt von großer Bedeutung ist.

Darüber hinaus sollte die Debatte im Herbst unseren Mitbürgern auch darüber die Augen öffnen, daß die Operation der Wirtschaftshilfe, die für eine Handelsnation wie die Bundesrepublik lebenswichtig sind, auf die Dauer nicht mit so geringen Mitteln für Werbung und public relation betrieben werden können, wie das seit Jahren der Fall ist. Auf diesem Felde kann es nicht die Politik der Bundesrepublik bleiben, durch Kompetenzwirrwarr und Knickrigkeit im wahrsten Sinne des Wortes auch künftig das deutsche Ansehen in der Welt und das Renomé unserer Leistungen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit künstlich auf Sparflamme schmoren zu lassen. Schließlich wird es bei dieser Gelegenheit auch darum gehen, die besonderen Verdienste des deutschen Entwicklungsdienstes und anderer Freiwilligenorganisationen zu würdigen. Auch hier gilt es, dem Bundesfinanzminister klar zu machen, daß die wachsende Tendenz, solche Organisationen nach den kameralistischen Prinzipien innerdeutscher Verwaltungen zu bevormunden und zu lenken, zu einer schweren Minderung ihrer Wirksamkeit und ihres Erfolges führt. Es scheint schwer zu sein, in die Köpfe deutscher Bürokraten die Einsicht zu bringen, daß die Arbeit in Übersee nicht mit der Elle deutscher Amtsleute gemessen werden kann, die sich einer Fünf-Tage-Woche und gesicherter Pensionen erfreuen. Die Regierung soll überdies bis zum Ende des Jahres ein Gesetz über die freiwilligen Entwicklungshelfer vorlegen, deren Status nach den bisherigen Erfahrungen verbessert werden muß. Der Zustrom von Freiwilligen hat in alarmierender Weise abgenommen. Er wird hoffentlich von selbst wieder zunehmen, wenn die deutsche Wirtschaft erkannt hat, was für ein vorzügliches Potential an ländere- und sachkundigen Fachkräften sie in den Rückkehrern aus Übersee hat. Überdies sollten die Rückkehrer nach einer Reorganisation der GAWI den Grundstock für die Ergänzung ihres Experten-

Leibesübungen groß geschrieben

Turnen und Schwimmen an Schulen in Bremen

Von Alfred Weber

Wenn man die Situation der Leibesübungen in den bremischen allge-
meinkundenden Schulen betrachtet, sollte man sich zunächst folgenden
Vergleich vor Augen halten: 1937 gab es in Bremen 1008 Klassen und
86 Turnräume; 1967 gibt es in Bremen 2300 Klassen und 118 Turnräume.
Davon wurden allein seit dem Herbst 1965 20 neue Turnräume gebaut:
8 Normalturnhallen (mit einer Grundfläche von 13 x 26 Metern und voll-
er Ausstattung) und zwei Gymnastikhallen. Noch ist es nicht allen
Schülern vergönnt, die dritte Turnstunde in der Woche zu bekommen,
denn die jetzt vorhandenen 118 Turnräume, darunter vier Großturnhal-
len, 87 Normal-Turnhallen, 10 kleine Turnhallen und 10 Gymnastik-Hallen,
reichen dazu noch nicht aus. 35 bremische Schüler haben noch keine
Turnhalle und müssen sich entweder als Gäste woanders oder in der
Pausenhalle und im Sommer auf dem Hof behelfen. Sie sollen aber in
den nächsten Jahren mit Turnhallen versorgt werden, wobei man wissen
muß, daß eine Normal-Turnhalle etwa 400 000 DM kostet. Nach einer
anderen Rechnung ist der Fehlbestand an Turnräumen noch größer.
Wenn alle Klassen drei Turnstunden in der Woche bekommen sollen,
reicht eine Halle nur für 12 Klassen aus. Nach dieser Rechnung müßte
Bremen noch 75 Turnhallen bauen.

Dennoch sieht die Statistik für die Leibesübungen an den bre-
mischen Schulen (Land) nicht ungünstiger aus als in anderen Bundes-
ländern. Bereits 52 Prozent aller Schüler von der dritten Klasse
ab haben schon die dritte Turnstunde in der Woche und alle anderen
zwei Stunden Turnen wöchentlich.

Zum Sportunterricht gehört auch das Schwimmen. Nach einem
Beschluß der Bremischen Bürgerschaft aus dem Jahre 1949 soll jeder
Schüler vom 5. Schuljahr ab Schwimmunterricht erhalten. Die meisten
Schüler bringen es im Schwimmen zu hervorragenden Leistungen. So
besaßen 89,2 Prozent aller Schulabgänger im Herbst 1966 mindestens
das Freischwimmerzeugnis. Von den Gymnasiasten waren es sogar 98,1
Prozent. Damit steht Bremen an erster Stelle im Bundesgebiet.

Das Ferienschwimmen ist eine weitere Einrichtung, mit der
Bremen Vorbildliches für den Schüler-Schwimmsport leistet. Schüler
aller Schulen können sich vor Beginn der Ferien bei ihren Sport-
lehrern melden und ihre Teilnahme am kostenlosen Schwimmunterricht
in einem Schwimmbad beantragen. Sie erhalten dann von einem Schwim-
meister regelmäßig Schwimmunterricht. Ca. 25 Prozent der Teilnehmer
erwerben das Freischwimmerzeugnis.

Den Frieden sichern helfen

Tunesien und wir

Von Hans-Eberhard Dingels

Die jüngste Konferenz der Außenminister der arabischen Staaten in der sudanesischen Hauptstadt Khartum hat nicht nur mit manchmal sehr grellen Farben ein Bild der nach wie vor ungeklärten politischen Lage im Nahen Osten gezeichnet, sie hat auch deutlich gemacht, daß es innerhalb der arabischen Welt sehr stark unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wie die politischen und wirtschaftlichen Probleme der nahen und fernen Zukunft zu lösen sind.

Zwar beherrschen z.Z. das Israelproblem und die damit bei einigen arabischen Regierungen verbundene radikale antiwestliche Einstellung den vordergründigen Teil der innerarabischen Diskussion; doch wissen die eingeweihten Kreise sehr wohl, daß dauerhafte politische Lösungen, die auch den legitimen Interessen der arabischen Völker entsprechen und ihren sozialen Fortschritt fördern, am besten durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit der Länder des Mittelmeer-Raumes angestrebt werden können. Die Entwicklung unserer modernen Welt zwingt geradezu zur Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten. Wer im Wettbewerb der Supermächte nicht den wirtschaftlichen und technologischen Rückschritt des eigenen Volkes riskieren will, muß den Weg der praktischen Zusammenarbeit suchen.

Es liegt auf der Hand, daß hierbei Staaten in Europa, die wie z.B. in den Europäischen Gemeinschaften gute Formen der Zusammenarbeit gefunden haben, eine besondere Verantwortung für die friedliche Entwicklung im Mittelmeer und im Nahen Osten zufallen, dies um so mehr, als zahlreiche Länder Afrikas diesen Gemeinschaften assoziiert sind oder Anträge auf Assoziierung gestellt haben, wie etwa Tunesien. Besonders die Bundesrepublik, die sehr gute und freundschaftliche Beziehungen zu Tunesien unterhält, dürfte ein Interesse daran haben, daß eine möglichst baldige Assoziierung stattfindet, damit der Rahmen des friedlichen Austausches von Gütern erweitert wird und der schon erzielte Fortschritt einer Gemeinschaft in Europa auch den Ländern zuteil wird, die gemeinsam mit uns bereit sind, den Weg in eine gute Zukunft zu gehen.

Gerade in einer Zeit, in der in einem Europa benachbarten Teil der Welt um Frieden gerungen wird, sollten alle Maßnahmen ergriffen werden, um stabile, friedenssichernde Pfeiler aufzubauen. Hier kann und wird die Assoziierung von Staaten wie Tunesien sehr hilfreich sein. Es sollte daran erinnert werden, daß sich gerade die deutschen Sozialdemokraten immer wieder für eine solche Assoziierung eingesetzt haben. Die konfliktgeladene Lage im östlichen Mittelmeer sollte kein Hindernis, sondern ein Ansporn sein, längst fälliges bald zu tun.